

Sehr geehrte Frau Landrätin, verehrte Mitglieder des Kreistags,

mir ist bewusst, dass meine Frage nicht unbedingt in den Kreistag gehört. Aber ich denke auch, dass der Kreistag auch für alle Probleme zu ständig ist, die den unmittelbarem Wirkungsbereich betrifft.

Worum geht es mir? Mir geht es um die medizinische Versorgung im Kyffhäuserkreis insbesondere in der Stadt Sondershausen.

Aus einschlägigen Veröffentlichungen dürfte allen bekannt sein, dass am 19.12.2018 wieder ein Licht in der medizinischen Versorgung in der Kreisstadt Sondershausen ausgeht.

Aber nicht aus Mangel an Ärzten, sondern an bürokratischen Hürden durch das Landesverwaltungsamt.

Frau Dr. Liebetrau hat sich langfristig um eine Nachfolgerin bemüht. Frau Dr. Kucher hat bereits seit mehr als 2 Jahren bei ihr gearbeitet. Frau Dr. Kucher hat alle Ausbildungen um als Ärztin tätig zu sein. Sie hat alle Spezialausbildungen. Aber man lässt sie nicht arbeiten. Warum?

Ich denke, dass Frau Dr. Liebetrau besser einschätzen kann, ob Frau Dr. Kucher die Kenntnisse zur Weiterführung der Praxis besitzt, als eine Verwaltungsmitarbeiterin im Landesverwaltungsamt. Alle suchen nach Spezialisten. Nur Thüringen legt ganz, ganz hohe Hürden.

Alle anderen Bundesländer wären froh, solche sehr gut ausgebildeten Fachkräfte zu erhalten.

Was ich mittlerweile über ein Gespräch im Landesverwaltungsamt erfahren habe, ist mehr als Hahnebüchend.

Man lässt der Nachfolgerin von Frau Dr. Liebetrau keine andere Wahl, als in Thüringen aufzugeben und sich in einem anderen Bundesland anzusiedeln.

Ich frage somit an, was kann die Kreisverwaltung unternehmen, um die Hautarztpraxis zu erhalten? Welche kurzfristigen Maßnahmen können eingeleitet werden, um dem Ende 19.12.2018 entgegenzuwirken?

Ich schlage eine Protestresolution an das Landesverwaltungsamt vor, in der konkret aufgezeigt wird, was der Wegfall der Praxis für die Kreisstadt Sondershausen bedeutet.

Wenn wir auch hier die Chance eine Praxis zu erhalten, verstreichen lassen, qualifiziert sich der Kyffhäuserkreis immer weiter ab.

Noch ist es erst 1 vor Zwölf und wir sollten handeln.

Wenn auch diese Praxis stirbt, dann sollte wir nicht mehr über Vorsorge für die Bürger diskutieren.